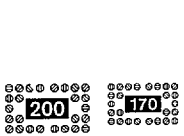


POLITIK
Nr. 7 Juli 1986 Informationsdienst der SPD

# Leitlinien zur Selbständigenpolitik

Vorgelegt von der SPD-Bundestagsfraktion

C 96 - 01542

## Inhalt


| | | |
|---|---|---|
| I. | Einleitung | 5 |
| II. | Gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung | 5 |
| III. | Die SPD hat für Selbständige viel getan | 6 |
| IV. | Selbständige im Schatten des Aufschwungs | 7 |
| V. | Mittelstandspolitischer Etikettenschwindel der konservativen Bundesregierung | 8 |
| VI. | Sozialdemokratische Forderungen zur Selbständigenpolitik | 9 |
| VII. | Verbesserung der Infrastruktur, Arbeit und Umwelt, Wertschöpfungsbeitrag, Qualifikationsoffensive — Angebot und Chance für Selbständige | 10 |




## Vorwort

*Die SPD ist eine Volkspartei, die sich allen gesellschaftlichen Gruppen gegenüber verantwortlich fühlt. Deshalb hat sie Platz für Selbständige in Handel, Handwerk, in den Freien Berufen und in den kleinen und mittleren Unternehmen und vertritt ihre Interessen mit. Dies ist ungeachtet der Tatsache richtig, daß die SPD aus der Arbeiterbewegung entstanden ist. Wahrscheinlich wissen auch viele Sozialdemokraten nicht, daß August Bebel ein selbständiger Drechslermeister und Friedrich Ebert ein selbständiger Sattler war. Viele Gemeinderäte, viele Stadtverordnete der SPD sind Handwerker oder Freiberufler. Die SPD hat sowohl programmatisch als auch in ihrer praktischen Politik die Bedeutung der Selbständigen für Gesellschaft und Wirtschaft seit langem erkannt. Selbständige erfüllen aufgrund ihrer Markt- und Verbrauchernähe, ihrer persönlichen Initiative und Gestaltungskraft wichtige Aufgaben. Ihre Flexibilität, die besondere Fähigkeit, sich rasch und unbürokratisch an Veränderungen am Markt und technischen Neuerungen anzupassen, ist bekannt. Erst die große Zahl kleiner und mittlerer Betriebe in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen ermöglicht ein vielfältiges Arbeits-, Ausbildungsplatz-, Waren- und Dienstleistungsangebot.*

*Die SPD will dazu beitragen, die Leistungs- und Existenzfähigkeit kleiner und mittlerer Selbständiger zu stärken; dies dient zugleich den Interessen der Verbraucher und Arbeitnehmer. Um ihre Position zur Selbständigenpolitik zu verdeutlichen, legt die SPD-Bundestagsfraktion neue Leitlinien auf der Grundlage der Erfahrungen seit dem Parteitagsbeschluß der SPD von 1979 vor, die am 24. Juni 1986 einmütig beschlossen wurden.*


***Wolfgang Roth,*** *MdB*
*Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion*

***Heinz Rapp,*** *MdB*
*Vorsitzender der Arbeitsgruppe Selbständige*


Friedrich-Ebert-Stiftung Bibliothek Bonn

C 96 - 01542

# I. Einleitung

Zur Sicherung unserer Zukunft müssen wir große Herausforderungen bestehen und Aufgaben bewältigen:

- Die demographische Entwicklung erfordert Maßnahmen zur Sicherung der Systeme der sozialen Sicherheit, insbesondere der Renten.
- Mehr Umweltschutz, die ökologische Erneuerung der Wirtschaft erfordert zunächst viel Geld; wir werden daraus aber einen Gewinn an Lebensqualität haben, auch werden wir neue Arbeitsplätze gewinnen können.
- Die Umstellung auf eine gegenüber der nachwachsenden Generation zu verantwortende Energieversorgung wird ebenfalls Opfer verlangen.

Wirtschaftlich Selbständige haben Erfahrung darin, langfristigen Ertrag kurzfristiger Bequemlichkeit vorzuziehen.

Die Zukunft können wir nur in der Zusammenarbeit aller sozialer Gruppen gewinnen. Sie gehört denen, die versöhnen, nicht denen, die die Gesellschaft spalten wollen. Sozialer Frieden ist ein hohes Gut — auch ein Produktionsfaktor gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen.

# II. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung

1. Für die SPD als Volkspartei ist die Sicherung und Förderung der Selbständigen nicht nur ein Beitrag zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sozialdemokraten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann (Godesberger Programm). In dieser Gesellschaft haben die Selbständigen in Handel, Handwerk, in den Freien Berufen und in kleinen und mittleren Unternehmen ihren festen Platz.

Wirtschaftliche Selbständigkeit bedeutet Bewährung am Markt in sozialer und ökologischer Verantwortung; dies bedeutet harte Arbeit, Risikobereitschaft, Umsicht und Voraussicht. Die SPD will dazu beitragen, daß auch diese wirtschaftliche Selbständigkeit in einer komplizierter werdenden Welt erhalten bleibt.

2. **Selbständige in Handel, Handwerk, in den Freien Berufen und in den kleinen und mittleren Unternehmen sind ein unverzichtbares Element unserer Wirtschaft.** Ihre Situation ist heute in weiten Bereichen nicht mehr in erster Linie durch den Besitz von materiellen Produktionsmitteln gekennzeichnet. Berufliches Können, qualifizierte Ausbildung, Arbeitsleistung und hoher persönlicher Einsatz kennzeichnen das Bild der kleinen und mittleren Unternehmer und der Selbständigen in unserer Zeit. Innerhalb der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung erbringen die Selbständigen vielfältige Leistungen.

— **Für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen**

Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen sind für die Versorgung der Bevölkerung nicht wegzudenken. Sie erwirtschaften gut die Hälfte aller steuerbaren Umsätze und tragen etwa im gleichen Umfang zum privaten Bruttoinlandsprodukt bei. Ihre besondere Stärke liegt in der Befriedigung der individuellen, spezialisierten und regional orientierten Nachfrage.

Sie erfüllen als Einzel- und Großhandelsbetriebe gewichtige Verteilungsfunktionen, sie sind an der Herstellung und Wartung von industriellen oder handwerklichen Erzeugnissen beteiligt und dominieren als Freie Berufe im Dienstleistungssektor.

— **Für die Erschließung von Zukunftsmärkten**

Wir wollen die ökologische Erneuerung der Wirtschaft voranbringen. Dies bedeutet: Umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren sind durch umweltfreundliche zu ersetzen; Umwelt-Altlasten sind zügig aufzuarbeiten; wiederverwendbare Stoffe dürfen nicht als Abfall vergeudet werden. Entsorgender und reparierender Umweltschutz ist teurer als vorsorgender. Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen leisten bei der Bewältigung dieser Aufgaben, die neue und qualifizierte Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnen, einen wichtigen Beitrag.

— **Für den Wettbewerb**

Wettbewerb ist ein Grundelement unserer Wirtschaftsordnung. Funktionierender Wettbewerb entmachtet große Anbieter und stärkt die Position der Verbraucher. Er wirkt der Verkrustung von Märkten entgegen, fördert die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur und schafft über Neuinvestitionen erhöhte Beschäftigungschancen. Wettbewerb setzt voraus, daß die Nachfrage nicht nur von einigen wenigen Großunternehmen gedeckt wird. Notwendig ist vielmehr, daß eine große Zahl von Anbietern am Markt tätig wird. Wir müssen also eine ausgewogene Struktur von Groß-, Mittel- und Kleinunternehmen haben. Dazu brauchen wir möglichst viele leistungsfähige Selbständige aus Handwerk, Handel, Industrie, aus den Freien Berufen, aus Gewerbe und Dienstleistungen.

— **Für Forschung, Entwicklung und Innovation**

Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen leisten einen wichtigen Beitrag zu Forschung und Entwicklung. Vor allem bei der Anwendung von Forschungsergebnissen und neuen Technologien in der Praxis erweisen sie sich oft stärker als Großunternehmen. Erfindungen und technologische Spitzenleistungen sind keineswegs das Monopol von Großunternehmen. Viele wichtige Erfindungen wurden von individuellen Forschern oder kleinen Unternehmen erbracht.

— **Für die berufliche Ausbildung**

Kleine und mittlere Unternehmen bilden die Mehrzahl der jungen Leute aus, sie bewältigen den Löwenanteil der beruflichen Ausbildung des Fachkräfte-Nachwuchses für die deutsche Wirtschaft. Über 80 % aller Auszubildenden werden in kleinen und mittleren Unternehmen ausgebildet.

Am ausbildungsintensivsten erweisen sich die Kleinbetriebe mit bis zu 49 Beschäftigten: Gut 60 % aller Auszubildenden haben in den letzten 20 Jahren dort ihre beruflichen Kenntnisse vermittelt bekommen.

— **Für den Arbeitsmarkt**

Selbständige und kleine und mittlere Unternehmen beschäftigen rund zwei Drittel aller Erwerbstätigen. Daran wird deutlich, daß die mittelständische Wirtschaft für die Schaffung und Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze von ausschlaggebender Bedeutung ist. Eine möglichst große Zahl selbständiger kleiner und mittlerer Unternehmen schafft Beschäftigungsalternativen und bietet den Arbeitnehmern eher die Chance, einen Arbeitsplatz ihrer Wahl zu finden.

Ohne sie wären die Beschäftigungsmöglichkeiten noch eingeschränkter, als sie zur Zeit ohnehin sind. Wachsende Technisierung und Automation haben in Verbindung mit zunehmender Arbeitsteilung der Produktion und Leistungsstellung zu einer wachsenden Entfremdung der abhängigen Arbeit geführt. Auch hier bieten kleine Unternehmen eine Alternative: Die Tätigkeit in kleineren Einheiten, die in der Regel weniger arbeitsteiligen, überschaubaren Arbeitsabläufe lassen dem einzelnen mehr Raum zur Entfaltung von Fähigkeiten und Initiativen und ermöglichen vielfach eine stärkere Identifikation mit der eigenen Arbeit.

Kleine und mittlere Unternehmen haben sich als besonders beschäftigungsstabil erwiesen. In den USA entstanden z. B. im Zeitabschnitt von 1959 bis 1976 fast zwei Drittel der Nettozugänge an Arbeitsplätzen in Unternehmen mit 20 oder weniger Beschäftigten. Diese Feststellung wird in einer Reihe von Untersuchungen, die in England und Deutschland ebenfalls durchgeführt worden sind, erhärtet: Kleine Unternehmen zeigen sich bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze erheblich erfolgreicher als große, wobei den jungen Unternehmen besonderes Gewicht zukommt; die These, Wachstumsträger seien überwiegend Großbetriebe, ist falsch.

## Der Stellenwert der Selbständigen und kleinen und mittleren Unternehmen auf einen Blick:

- 99,83% aller umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen in der Bundesrepublik sind kleine und mittlere Unternehmen.
- Rund 66% aller abhängig Beschäftigten sind in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.
- Über 80% der Auszubildenden werden in kleinen und mittleren Unternehmen ausgebildet.
- Rund 50% des Sozialprodukts wird von kleinen und mittleren Unternehmen erwirtschaftet.
- Rund 44% aller Bruttoinvestitionen werden von kleinen und mittleren Unternehmen getätigt.

(Abgrenzungskriterien des Instituts für Mittelstandsforschung: Kleine Unternehmen: Bis 49 Beschäftigte, bis 1 Mio. DM Umsatz/Jahr; mittlere Unternehmen: 50—499 Beschäftigte, 1—100 Mio. DM Umsatz/Jahr; große Unternehmen: 500 Beschäftigte und mehr, 100 Mio. DM Umsatz/Jahr und mehr.)

# III. Die SPD hat für Selbständige viel getan

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sowohl **programmatisch** als auch in ihrer **praktischen** Politik die Bedeutung der Selbständigen nachdrücklich unterstrichen.

1. Bereits im **Aktionsprogramm** der SPD aus dem Jahre 1954 heißt es: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Bedeutung all derer bewußt, die in kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels, des übrigen Gewerbes und in den Freien Berufen selbständig sind."

Im **Godesberger Grundsatzprogramm** von 1959 steht: „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik... Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können."

Im Jahre 1965 legte die SPD ein umfassendes **„Mittelschichtenprogramm"** vor, in dem gezielte wirtschafts-, steuer-, sozial- und gewerbepolitische Maßnahmen für Selbständige gefordert werden, „um gleichartige Wettbewerbsvoraussetzungen für die Selbständigen gegenüber den Groß unternehmen zu schaffen".

Auf ihrem **Berliner Parteitag 1979** verabschiedete die SPD einstimmig einen grundlegend programmatischen Antrag zur Selbständigenpolitik, in dem einleitend herausgestellt wird: „Für die SPD ist die Existenz und die Förderung von Selbständigen ein wesentliches Element zur Sicherung und zum Ausbau einer freiheitlichen Gesellschaft. Im Kampf für eine humane und soziale Ordnung, eine Ordnung des sozialen Ausgleichs und der sozialen Erneuerung, der Freiheit und Gerechtigkeit ist die SPD mit den Selbständigen verbündet, die in sozialer Verantwortung ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Leistungen erbringen."

2. **Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung** haben dann auch eine sachbezogene, wirkungsvolle Politik für Selbständige durchgesetzt. Erstmalig in der Bundesrepublik wurde unter Bundeskanzler Willy Brandt mit den **„Grundsätze(n) einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen"** (BT-Drs. VI/1666) ein geschlossenes Konzept zur Selbständigenpolitik entwickelt. Gleichzeitig wurde ein **Aktionsprogramm** mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Leistungssteigerung vorgelegt, auf dessen Grundlage wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Existenz- und Wettbewerbsfähigkeit Selbständiger verwirklicht wurden.

## Schwerpunkte:

- Verbesserung der sozialen Sicherung Selbständiger durch die Öffnung der gesetzlichen **Rentenversicherung** für Selbständige 1972;
- Verbesserung der **Wettbewerbsbedingungen** durch die 2. und 4. Kartellgesetznovelle 1973 und 1980. Durch die Einführung von Kooperationserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen, die Erweiterung des Diskriminierungsverbotes und vor allem durch die Einführung der Fusionskontrolle und die Verschärfung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen wurden die Wettbewerbschancen kleiner und mittlerer Unternehmen insgesamt gestärkt;
- **steuerliche Entlastungen,** insbesondere durch die mehrfachen Erleichterungen bei der Gewerbesteuer, die dazu geführt haben, daß etwa ⅔ aller Gewerbetreibenden von der Gewerbeertragsteuer und über 80% von der Gewerbekapitalsteuer befreit wurden. Die Lohnsummensteuer wurde ganz abgeschafft. Der überwiegende Teil der kleinen Selbständigen braucht also durch diese Entlastungsmaßnahmen sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen praktisch keine Gewerbesteuer mehr zu zahlen;
- Stärkung von **Forschung und Entwicklung** durch ein Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen 1978. Stichworte sind hier die Einführung von Personalkostenzuschüssen, die verstärkte Förderung der externen Vertragsforschung sowie der industriellen Gemeinschaftsforschung und des Technologietransfers für kleine und mittlere Unternehmen; dieses Gesamtkonzept war erfolgreich. Das Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) urteilte 1982: „Die Bundesrepublik Deutschland verfügt als einziges Land über ein forschungs- und technologiepolitisches Gesamtkonzept speziell für kleine und mittlere Unternehmen und bietet eine überdurchschnittlich große Palette an FuT- und innovationspolitischen Maßnahmen an."
- **Finanzierungshilfen** zur Verbesserung der betrieblichen Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere Investitionen, und zur Steigerung der Leistungsfähigkeit. Ein besonderer Schwerpunkt war die Förderung von Existenzgründungen durch das ERP-Existenzgründungsprogramm und die Neueinrichtung eines Eigenkapitalhilfeprogramms.

3. Die Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen im Vergleich zu Großunternehmen ist unter sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen verringert worden. Ein Gradmesser für die Belastung der verschiedenen Unternehmensgrößen ist die **Nettozahlungslast.** Die Nettozahlungslast ermittelt man, indem man von den zu zahlenden Steuern und Abgaben die empfangenen Subventionen wieder abzieht. Untersucht man diese Größe im Zeitverlauf, so ergibt sich folgendes Bild:

1970 mußten die kleinen Unternehmen (bis 49 Beschäftigte) 211%, die mittleren Unternehmen (50 bis 499 Beschäftigte) 123% des Anteils an der Nettozahlungslast der Großunternehmen zahlen.

1980 mußten die kleinen Unternehmen (bis 49 Beschäftigte) 126%, die mittleren Unternehmen (50 bis 499 Beschäftigte) 119% des Anteils an der Nettozahlungslast der Großunternehmen zahlen.

Diese Ergebnisse einer Untersuchung der Universität Mainz aus dem Jahre 1984 zeigen, daß sich die relative Belastung der kleinen und mittleren Unternehmen erheblich reduziert hat.

4. Die in der Vergangenheit zu beobachtende kontinuierliche Abnahme der **Zahl der Selbständigen** seit den 60er Jahren konnte erstmals 1977 — also unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung — gestoppt werden. Seit 1977 nahm die Zahl der Selbständigen Jahr für Jahr zu, mit einer Ausnahme von 1980. Von 1977 bis 1983 stieg die Zahl der Selbständigen um 81 000.

Auch die **Selbständigenquote,** d. h. die Zahl der Selbständigen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen, die einen genaueren Eindruck über die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in einer Volkswirtschaft gibt als die absolute Zahl, hat sich erst unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung stabilisiert. Seit 1972 hält sich die Selbständigenquote, die zuvor ständig gesunken war, bis heute bei etwa 7,6%/7,8%.

# IV. Selbständige im Schatten des Aufschwungs

Als die Regierung Kohl ins Amt kam, war in der Regierungserklärung die Rede davon, daß es notwendig sei, „der Wirtschaft wieder Mut und den Menschen wieder Vertrauen" zu geben. „Die neue Zuversicht" wurde proklamiert und die „Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit" zur Aufgabe Nr. 1 erklärt. — Die Wirklichkeit sieht anders aus:

- Die **Massenarbeitslosigkeit** wurde nicht abgebaut. Noch immer sind im Jahresdurchschnitt 2,3 Millionen Menschen als arbeitslos registriert; das sind 500 000 mehr als bei Amtsantritt der konservativen Bundesregierung. Zusätzlich gibt es eine bei den Arbeitsämtern nicht gemeldete stille Reserve von mindestens 1,3 Millionen Arbeitslosen.
- Seit dem Amtsantritt der konservativen Bundesregierung haben wir einen **Pleitenrekord** nach dem anderen zu verzeichnen. 1985 brachte die bisher höchste Zahl aer Insolvenzen in der Geschichte der Bundesrepublik:

| | 1982 | 1983 | 1984 | 1985 |
|---|---|---|---|---|
| Insolvenzen insgesamt | 15876 | 16114 | 16760 | 18876 |
| davon Insolvenzen Unternehmen u. Freie Berufe | 11915 | 11845 | 12.018 | 13625 |

- Die Zahl der Unternehmensstillegungen (Liquidationen) insgesamt stieg von 135 000 im Jahre 1980 auf mehr als den doppelt so hohen Wert von rd. 290 000 im Jahre 1985.
- Die **Investitionsquote des Bundeshaushalts sinkt** kontinuierlich. Seit der Wende blieben die Investitionen des Bundes jedes Jahr 2 Milliarden DM hinter den Soll-Ansätzen zurück. Das waren 6 Milliarden DM weniger als geplant. Für kleine und mittlere Unternehmen heißt dies im Klartext: Weniger Aufträge. Nach der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung soll die Investitionsquote des Bundeshaushalts 1990 nur noch 11,9% betragen. Das ist die niedrigste Investitionsquote seit 1949. Im letzten Jahr sozialdemokratischer Regierungsverantwortung 1982 lag sie noch bei 13,1%.

2. Das relativ bescheidene Wirtschaftswachstum in der Bundesrepublik von durchschnittlich 2—2,5% in den vergangenen Jahren, das im wesentlichen in der Außenwirtschaft erzielt worden ist, ging bisher überwiegend an Selbständigen und kleinen und mittleren Unternehmen vorbei. Eine wesentliche Ursache dafür war die nachhaltige Schwächung der Binnenkaufkraft, die vor allem das Ergebnis der unsozialen sogenannten „Konsolidierungspolitik" der konservativen Bundesregierung ist. Zur Erinnerung noch einmal die wichtigsten Stationen:

- Kürzungen bei den Renten und Sozialleistungen.
- Absenkung der Lohnquote von 74% im Jahre 1982 auf nunmehr unter 70% im Jahre 1985. Das bedeutet real und netto in jedem Jahr Einkommensverluste für die Arbeitnehmer (1983: —0,9 v. H.; 1984: —0,8 v. H.; 1985: —0,4 v. H.).
- Anhebung der Sozialabgaben der Arbeitnehmer; die durchschnittliche Abgabenbelastung der Arbeitnehmer stieg von 39,3% im Jahre 1981 auf 42,7% im Jahre 1985. Das ist die höchste Abgabenbelastung seit 1949.

Die Leidtragenden dieser verfehlten Wirtschaftspolitik sind insbesondere die überwiegend von der Binnennachfrage abhängigen kleinen und mittleren Unternehmen. Handel, Handwerk und Gaststättengewerbe, drei typisch mittelständisch strukturierte Wirtschaftsbereiche, standen bisher auf der **Schattenseite der Konjunktur.** In diesen Wirtschaftsbereichen ging der reale Umsatz zurück oder stagnierte:

- **Reale Umsatzentwicklung** in v.H. gegenüber dem Vorjahr **im Handwerk:** 1983 + 0,8; 1984 — 0,5; 1985 — 2,7. Aus dem Jahresbericht des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks 1984: „Deutliche Verschlechterung der gesamthandwerklichen Geschäftslage gegenüber 1984."
- **Reale Umsatzentwicklung** in v. H. gegenüber dem Vorjahr **im Einzelhandel:** 1983 + 1,2; 1984 + 0,1; 1985 + 0,7. Also auch im Einzelhandel war von „Aufschwung" nicht die Rede.
- **Reale Umsatzentwicklung** in v. H. gegenüber dem Vorjahr im **Hotel- und Gaststättengewerbe:** 1983 — 2,1; 1984 — 1,2; 1985 — 0,9.

Aus dem Jahresbericht 1984/85 des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes e.V.: „Zieht man knapp 3 Jahre nach der Wende eine Halbzeitbilanz der Regierungspolitik dieser Legislaturperiode, so muß man feststellen, daß neben unbestreitbaren Erfolgen der Regierungskoalition die erwartete und angekündigte nachhaltige Entlastung der mittelständischen Wirtschaft und die damit erhoffte Verbesserung der Rahmenbedingungen bisher weitgehend auf der Strecke geblieben ist. Auch der vielgepriesene wirtschaftliche Aufschwung erfaßte nicht die breiten Bereiche der mittelständischen Wirtschaft und des Gastgewerbes. Er begünstigte vielmehr sektoral durch einen günstigen Dollarkurs die Exportwirtschaft."

Für das Jahr 1986 zeichnet sich für diese Wirtschaftsbereiche aufgrund der durch den drastischen Ölpreisverfall gestärkten privaten Kaufkraft eine etwas günstigere Entwicklung ab.

— Besonders gravierend war der Einbruch im Hochbaubereich. Hier ging der Umsatz 1985 gegenüber dem Vorjahr real um über 13% zurück.

## V. Mittelstandspolitischer Etikettenschwindel der konservativen Bundesregierung

Die Bundesregierung gibt vor, sich im besonderen Maße für die kleinen und mittleren Unternehmen einzusetzen. Bei nüchterner Analyse stellen sich diese Aussagen als reine **Lippenbekenntnisse** und **Etikettenschwindel** dar. Viele Maßnahmen, die als Initiativen für kleine und mittlere Selbständige angekündigt worden waren, nützen vor allem den Großunternehmen.

### Beispiele:

— Durch die **Vermögensteuersenkung** sollte angeblich die Ertragskraft klein- und mittlerer Unternehmen gestärkt werden. Tatsache ist, daß diese Steuersenkung (Steuerausfall 1986 geschätzt über 1,5 Mrd. DM) weitgehend an den Selbständigen vorbeiging und vor allem die Kassenlagen von Großunternehmen verbesserte. In Nordrhein-Westfalen entfielen z. B. 60% der Steuerentlastung für Kapitalgesellschaften auf nur 0,7% der Betriebe. Mehr als 99% der verbleibenden mußten sich 40% teilen.

— Auch die zusätzlichen Entlastungen bei der **Gewerbesteuer** (Steuerausfall 1986 geschätzt rund 1,7 Mrd. DM) nützen vor allem Großunternehmen, weil der überwiegende Teil der Klein- und Mittelbetriebe durch die Entlastungsmaßnahmen der sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen bereits von dieser Steuer befreit ist.

— Die steuerliche Begünstigung beim Aufkauf **insolvenzgefährdeter Unternehmen** (Steuerausfall 1986 geschätzt rund 600 Mio. DM) stärkt die Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft und schwächt so die Wettbewerbssituation kleiner und mittlerer Unternehmen.

— Die steuerliche Förderung von **Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen** (geschätzter Steuerausfall 1986 rund 300 Mio. DM) durch Sonderabschreibungen begünstigt vor allem ertragsstarke Unternehmen, denn abschreiben kann nur der, der auch etwas abzuschreiben hat.

Der Hauptbelastungsfaktor für kleine und mittlere Unternehmen bei Forschungs- und Entwicklungsmaßnahmen sind Personalausgaben. Aus diesem Grunde wurde unter SPD-geführten Bundesregierungen ein Programm zur Förderung von Personal in Forschung und Entwicklung entwickelt, aus dem Personalkostenzuschüsse gewährt wurden. Statt die Haushaltsmittel für diese wirkungsvolle Hilfestellung zu erhöhen, verringerten sich bzw. stagnierten die Ansätze für dieses Programm unter der jetzigen Bundesregierung: 1982 390 Mio. DM, 1984 320 Mio. DM, 1985 380 Mio. DM, 1986 400 Mio. DM.

— In der **Wettbewerbspolitik** unternimmt diese Bundesregierung nichts, um den anhaltenden Konzentrationsprozeß und die Vermachtung in der Wirtschaft zu unterbinden. Obwohl die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse 1985 einen neuen Höchststand erreichte, weigert sich die Bundesregierung, die Vorschläge der SPD zur Verschärfung des Kartellrechts zu verwirklichen (Unternehmenszusammenschlüsse 1985: 709, 1984: 557, 1983: 506, 1982: 603, 1981: 618, 1980: 635).

— Die Vorschläge der Koalition zur Novellierung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) sind untauglich, um den scharfen **Vernichtungswettbewerb** und den Machtmißbrauch im **Einzelhandel** zu bekämpfen. Dies war die übereinstimmende Auffassung auf einer Anhörung des Deutschen Bundestages zu diesem Entwurf. Besonders deutlich wurde die Kritik bei der Neuregelung des Rechts der Sonderverkaufsveranstaltungen. Nach Auffassung aller Experten würde die von der Koalition geplante Novellierung die Bekämpfung von Mißbräuchen bei Aus-, Räumungs- und Sonderverkäufen nicht erleichtern, sondern sogar erschweren.

— Aus nebensächlichem Anlaß, um für rund dreißig Geschäfte in der Klett-Passage in Stuttgart Ausnahmeregelungen zu schaffen, gefährdet die Koalition die bewährten **Ladenschlußregelungen.** Damit wird ein jahrzehntelanger ausgewogener Kompromiß zwischen den Beschäftigten im Einzelhandel und den selbständigen Einzelhändlern ohne sachlichen Grund gefährdet. Gewerkschaften und betroffene Wirtschaftsverbände lehnen ebenso wie die SPD eine Änderung des Ladenschlußgesetzes ab (vgl. Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, Drs. 10/5003)

— Die Bundesregierung hat die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der öffentlichen **Beratungsförderung** verschlechtert und auch hier eine Umverteilung von unten nach oben durchgesetzt. Unter sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen war der Zuschuß für die Unternehmensberatung nach Umsatzhöhe gestaffelt; kleine Betriebe bekamen 75%, etwas größere 50% Zuschuß usw. Diese sinnvolle, dem Prinzip der Subsidiarität entsprechende Hilfestellung wurde geändert, so daß kleine Unternehmen bis zu einer Umsatzgrenze von 2 Mio. DM nur noch mit 40% bezuschußt werden. Hinzu kommt, daß im Unterschied zu früheren Regelungen der Selbständige die anfallenden Kosten vorab in voller Höhe zu übernehmen hat und daß die Beratungszuschüsse begrenzt wurden. Diese restriktiven Konditionsänderungen wurden ausschließlich deshalb durchgeführt, weil die Bundesregierung nicht bereit war, die Haushaltsmittel für die Beratungsförderung angemessen zu erhöhen.

Die SPD lehnt diese Manipulationen ab und hatte bei den Haushaltsberatungen 1985 nachdrücklich gefordert, die Beratungstitel sachgerecht zu erhöhen. Diese Anträge sind abgelehnt worden. Angesicht der Bedeutung, die der Unternehmensberatung für die Leistungsfähigkeit und Existenzsicherung kleiner und mittlerer Unternehmen zukommt, ist dies völlig unverständlich. Gerade im Zusammenhang mit den Insolvenzen hat sich gezeigt, daß eine qualifizierte Unternehmensberatung auch im Zusammenhang mit Unternehmensgründungen für die Existenzfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Als Hauptursache für Insolvenzen wurden in wissenschaftlichen Untersuchungen (z. B. des Instituts für Mittelstandsforschung) Fehler in der Betriebsführung ausfindig gemacht.

— Bei der Eingrenzung von **Nebentätigkeiten** von Angehörigen des öffentlichen Dienstes hat sich die Bundesregierung, der angeblich der Belange der Freien Berufe und des gewerblichen Mittelstandes so sehr am Herzen liegen, ausdrücklich geweigert, die weitergehenden Forderungen des SPD-Gesetzentwurfes zu übernehmen und auch wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Untersagungsgründe für Nebentätigkeiten vorzusehen.

— In seiner Regierungserklärung 1983 hat der Bundeskanzler versprochen, die kleinen und mittleren Unternehmen „sollen ohne **bürokratische Hemmnisse** arbeiten können". Nach dreijähriger Arbeit einer sog. Entbürokratisierungs-Kommission der Bundesregierung kommt die Zeitschrift „Impulse" (vgl. „Impulse" 7/85, S. 22 ff.) nach einer Umfrage unter Selbständigen zu dem Ergebnis, „Der Papierkrieg kostet jetzt fast doppelt soviel ... die Unternehmer fühlen sich belasteter denn je". Nach Leserumfrage sind beispielsweise die „kostenlosen Hilfsdienste" für die Finanzverwaltungen, bewertet in Mark und Pfennig, von 1982 bis 1985 um 70% gestiegen.

## VI. Sozialdemokratische Forderungen zur Selbständigenpolitik

Wir wissen, daß ohne die Mitarbeit und die Leistungsbereitschaft der Selbständigen die zentralen Herausforderungen, die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und die ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft, nicht bewältigt werden können.

Kleine und mittlere Selbständige und Unternehmen sind wirtschaftlich nicht generell schwächer als Großunternehmen. Sie sind jedoch durch eine Reihe von unternehmensgrößenbedingten Nachteile gefährdet. Schwierigkeiten entstehen insbesondere durch Probleme der Marktmacht übermächtiger Konkurrenten, bei der Selbstfinanzierung von Investitionen, im Hinblick auf die Beschaffung und die Kosten der Fremdfinanzierung, bei der Qualifikation der Selbständigen und ihrer Weiterentwicklung sowie beim Zugang zu wirtschaftlichen und technologischen Informationen. Um größenbedingte Nachteile hier auszugleichen, halten wir folgende Maßnahmen für erforderlich:

### 1. Wettbewerbschancen kleiner und mittlerer Unternehmen stärken

Machtmißbrauch und Konzentration in der Wirtschaft sind nicht nur für Verbraucher, sondern vor allem auch für kleine und mittlere Selbständige gefährlich, weil sie deren Existenz unmittelbar gefährden.

Der beste Schutz gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist eine funktionsfähige wettbewerbliche Marktstruktur. Da die bisherigen Instrumente des Kartellrechts nicht ausreichen, Fehlentwicklungen wirksam zu bekämpfen, wollen wir u. a. eine Verschärfung der Fusionskontrolle und Entflechtungsregelungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag im Bundestag eingebracht (Drucksache 10/2843).

### 2. Konzentration im Einzelhandel bekämpfen

Um die Wettbewerbsposition kleiner und mittlerer Unternehmen im Einzelhandel zu stärken und dem spürbaren Vernichtungswettbewerb in diesem Wirtschaftsbereich entgegenzuwirken, wollen wir den Mieterschutz im gewerblichen Bereich verstärken, diskriminierende „Sonderkonditionen" einschränken, Lockvogel-Angebote besser bekämpfen, das Recht der Sonderverkäufe konkretisieren, den Verkauf an Endverbraucher im C + C-Handel unterbinden und die Baunutzungsverordnung novellieren, um die Ansiedlung von Verbrauchermärkten besser beschränken zu können. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag (Drs. 10/5002) im Deutschen Bundestag eingebracht.

### 3. Das Steuerrecht transparenter und investitionsfreundlicher gestalten

Unser Steuerrecht begünstigt risikolose Finanzanlagen und behindert so die Sachkapitalbildung. Wir wollen Investitionen und Kapitalanlagen im Produktivkapital, also im Unternehmen selbst, durch Beseitigung steuerrechtlicher und faktischer Privilegien für andere Kapitalanlagen fördern. Um die Investitionskraft der kleinen und mittleren Unternehmen zu stärken und ihre Selbstfinanzierung zu verbessern, fordern wir die Einführung einer steuerstundenden Investitionsrücklage. Kleine und mittlere Unternehmen haben in der Regel größere Schwierigkeiten als Großunternehmen, und Konzerne, ihre notwendigen Investitionen aus Eigenmitteln zu finanzieren; die steuerstundende Investitionsrücklage soll ihnen die Möglichkeit einräumen, Gewinne für größere Investitionsvorhaben liquiditätsschonend anzusammeln. Zusätzlich müssen wir unser Steuerrecht überschaubarer machen. Ein kompliziertes Steuersystem begünstigt Großunternehmen, die sich im Unterschied zu kleinen Betrieben den Sachverstand von Experten und ganzen Stabsabteilungen leisten können.

### 4. Kapitalbeteiligungsgesellschaften stärker fördern

Durch die stärkere Unterstützung von Kapitalbeteiligungsgesellschaften, die bereits von sozialdemokratisch geführten Bundesregierungen in der Vergangenheit gefördert worden sind, soll die Kapitalaufnahme kleiner und mittlerer Unternehmen von außen gestärkt werden.

### 5. Technologietransfer für kleine und mittlere Unternehmen und die Bereitstellung von Risikokapital ausbauen

Die von den Sozialdemokraten in den 70er Jahren eingeführten Programme zur Förderung des Technologietransfers haben sich bewährt. Sie sollen deshalb ausgebaut werden, damit neue technische Lösungen verstärkt von kleinen und mittleren Unternehmen genutzt werden. Da technologische Neuentwicklungen, Innovationen und Unternehmensgründungen wegen der mangelnden Risikobereitschaft der Banken auch an Finanzierungsengpässen scheitern, wollen wir die Bereitstellung von Risikokapital fördern.

### 6. Unternehmens- und Managementberatung intensivieren

Im Unterschied zu Großunternehmen und Konzernen verfügen Selbständige nicht über ganze Stabsabteilungen, die ihnen bei der Bewältigung wirtschaftlicher, steuerlicher, technischer oder organisatorischer Probleme helfen. Die Qualifikation des „mittelständischen Managements" reicht in vielen Fällen nicht aus, um Problemstellungen am Markt rechtzeitig zu erkennen und adäquate Lösungsmöglichkeiten herbeizuführen. Wir wollen daher die Beratung und Schulung von Selbständigen und Mitarbeitern verstärkt unterstützen und die Förderung so ausbauen, daß kleine und mittlere Selbständige sich in allen Regionen unseres Landes an private und öffentliche Beratungsdienste wenden können.

7. **Existenzgründungen in der Wirtschaft weiter fördern**
Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung haben besonderes Gewicht auf die Förderung von Existenzgründungen gelegt. Neben der erheblichen Aufstockung des ERP-Existenzgründungsprogramms wurde zusätzlich das Eigenkapitalhilfeprogramm geschaffen. Als Ergänzung zu diesen Maßnahmen fordern wir eine „Ansparförderung". Die von der konservativen Bundesregierung praktizierte Ansparförderung reicht nicht aus. Wir wollen die Freien Berufe in die Förderung einbeziehen und eine verstärkte Hilfestellung für Existenzgründungen im Forschungs- und Entwicklungsbereich. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag (Drs. 10/2275) im Bundestag eingebracht.

8. **Finanzierungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen weiterführen und ausbauen**
Zusätzlich zu den von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verbesserung der Selbstfinanzierung müssen für kleine und mittlere Unternehmen auch in Zukunft zinsgünstige langfristige Kredite, insbesondere zur Finanzierung von Investitionen und Existenzgründungen, bereitgestellt werden.

9. **Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen im Konkursfall prüfen**
Kleine und mittlere Unternehmen sind in der gegenwärtigen Wirtschaftslage in besonderem Maße von den hohen Insolvenzen betroffen; viele Arbeitsplätze gehen durch das Ausscheiden dieser Betriebe verloren. Wir wollen prüfen, ob Unternehmen, die bei Konkursen anderer Unternehmen unverschuldet durch den Ausfall von Außenständen betroffen werden, beispielsweise durch einen Garantiefonds für Folge-Insolvenzen, der Liquiditätshilfen gewährt, geholfen werden kann.

## VII. Verbesserung der Infrastruktur, Arbeit und Umwelt, Wertschöpfungsbeitrag, Qualifikationsoffensive — Angebot und Chance für Selbständige

Über diese speziellen Maßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen hinaus enthalten auch unsere allgemeinen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorschläge gerade für die Selbständigen Angebote und Chancen.

### Schwerpunkte:

1. **Wir wollen unsere Infrastruktur sichern und qualitativ verbessern**
Durch die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und durch die Verlagerung der Lasten der sozialen Grundsicherung vom Bund auf die Gemeinden wurde die kommunale Finanzkraft deutlich geschwächt. Dies gilt insbesondere für Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit. Besonders drastisch gingen die **Investitionen der Gemeinden** zurück, die etwa ⅔ aller öffentlicher Investitionen tätigen. Sie kürzten von 1980 bis 1984 ihre Investitionshaushalte um mehr als 30 %. Das bedeutet einen Investitionsausfall von etwa 40 Mrd. DM, obwohl gerade bei den Gemeinden ein erheblicher Investitionsbedarf herrscht. Vieles von dem, was dringend notwendig gewesen wäre, unterblieb.

Zum Beispiel die Sanierung von Altdeponien und des Abwassersystems, die Modernisierung der Abfallbeseitigung oder Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr, bei Ortsumgehungen oder zur Verbesserung des Wohnumfeldes. Damit dieser aufgestaute Investitionsbedarf so schnell wie möglich befriedigt werden kann, wollen wir die Finanzkraft der Gemeinden auch durch steuerpolitische Maßnahmen schnell und umfassend stärken.

Im Zuge der Neuordnung der Gemeindefinanzen sind wir dafür, daß Selbständige, die in einer Gemeinde tätig sind, in angemessenem Umfang zur Finanzierung der gemeindlichen Infrastrukturausgaben herangezogen werden. Dies bedeutet, daß auch große Praxen von Freiberuflern, die gewerbebetriebsähnlichen Charakter haben, wie alle anderen Betriebe auch in die Gewerbesteuer einbezogen werden. Freiberufler, die vor allem durch den Einsatz ihrer eigenen Arbeitskraft tätig sind und nicht über ein hohes Betriebsvermögen verfügen, bleiben von der Gewerbesteuer befreit. Selbständige im gewerblichen Bereich, die diese Voraussetzungen ebenfalls erfüllen, wollen wir künftig aus Gründen der Steuergerechtigkeit auch von der Gewerbesteuer befreien.

2. **Wir wollen unsere Wirtschaft ökologisch erneuern und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen**
Als ersten und entscheidenden Schritt auf dem Wege der ökologischen Erneuerung unserer Industriegesellschaft fordern wir die Einrichtung eines Sondervermögens **„Arbeit und Umwelt"**, um in einer Gemeinschaftsanstrengung schrittweise die alte Last auf der Umwelt und gleichzeitig die Massenarbeitslosigkeit abzubauen. Mit diesem Sondervermögen sollen private und öffentlichen Unternehmen, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts zinsgünstige Kredite und „verlorene" Zuschüsse für Umweltinvestitionen zur Verfügung gestellt werden. Mit diesem, auf zehn Jahre angelegten, solide finanzierten Umweltschutzinvestitionsprogramm verbessern wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und schaffen zusätzlich ca. 400 000 neue Arbeitsplätze. Finanziert wird das Sondervermögen einerseits durch Kredite aus dem Kapitalmarkt; die Zinsen und Tilgungen werden jedoch andererseits aus einer allgemeinen Energieabgabe abgedeckt. Damit wird jede zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand verhindert und der Tatsache Rechnung getragen, daß auch Umweltverbesserungen nicht zum Nulltarif zu bekommen sind, sondern ihren Preis haben.

Beide Vorhaben erfordern große öffentliche und vor allem private Investitionen. Diese Investitionen in unsere Infrastruktur und zur Verbesserung unserer Umwelt schaffen neue Betätigungsfelder, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen. Dies gilt z. B. für das Bau- und Ausbaugewerbe, für Betriebe der Wärme- und Schallisolierung und für die Anbieter von Umweltschutzleistungen insgesamt. 80 % aller Anbieter auf dem Markt für Umwelttechnologie sind kleine Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten.

3. **Wir wollen arbeitsintensive Betriebe entlasten**
Das gegenwärtige Finanzierungssystem der sozialen Sicherheit benachteiligt arbeitsintensive Unternehmen. Diesen Betrieben wollen wir helfen, attraktivere und preiswertere Angebote zu schaffen. Wir wollen deshalb zur Verbesserung der finanziellen Grundlage der Rentenversicherung und aus strukturpolitischen Gründen, daß die Bemessungsgrundlage des Arbeitgeberbeitrages zur Sozialversicherung von der Lohn- und Gehaltssumme auf die Bruttowertschöpfung erweitert wird. Dadurch werden lohnintensive Betriebe im Vergleich zu kapitalintensiven entlastet.



4. **Wir wollen eine Qualifikationsoffensive**

Gerade für ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist die Qualifikation von Arbeitnehmern und Selbständigen von entscheidender Bedeutung, um Produktionsvorteile zu erhalten und neue zu schaffen. Die zunehmende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, der raschere technologische Wandel und die Veränderungen der Nachfragestrukturen fordern gerade von den Selbständigen und kleinen und mittleren Unternehmen ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft und -fähigkeit. Für die Behauptung am Markt ist deshalb die berufliche Ausbildung und Weiterbildung ausschlaggebend. Wir wollen die Berufsausbildung verbessern und das Weiterbildungssystem ausbauen, damit es zu einem gleichwertigen Bestandteil unseres gesamten Bildungssystems wird und als wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze wirksam werden kann.

Während Selbständige und kleine und mittlere Betriebe große Anstrengungen unternehmen, gibt es andere, die ihrer Ausbildungsverpflichtung nicht oder nur unzureichend nachkommen. Wir wollen eine gerechtere Verteilung der finanziellen Lasten für die berufliche Ausbildung. Zur Finanzierung fehlender Ausbildungsplätze sollen deshalb größere Betriebe beitragen, die bisher nicht oder nicht ausreichend ausgebildet haben. Betriebe mit bis zu 10 abhängig Beschäftigten wollen wir von dieser Regelung ausnehmen; damit ist der überwiegende Teil der mittelständischen Unternehmen von dieser Verpflichtung freigestellt.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, 5300 Bonn 1
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3 — 7-86 — A1 — 12 — Bestell-Nr. 200 094 - ISSN 0170-007758